



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 20. März 2013

Aus Berlin

Bundeskabinett billigt Entwurf zum Präventionsgesetz

Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Prävention hat das Bundeskabinett passiert. Die Regierung will damit Volkskrankheiten wie Diabetes oder Depressionen mit gezielten Programmen der Krankenkassen, mehr Arztuntersuchungen und Boni für gesundheitsbewusste Arbeitnehmer zurückdrängen. Dem Entwurf zufolge sind Krankenkassen künftig verpflichtet, konkrete Gesundheitsziele zu erreichen. Ihnen drohen Mehrausgaben von bis zu 180 Millionen Euro pro Jahr. Bei der Opposition stößt das Vorhaben auf Widerstand. „Die eigentliche Aufgabe, die Gesundheitsrisiken sozial Benachteiligter abzubauen, wird gar nicht angepackt“, sagte die Gesundheitsexpertin von Bündnis 90/Die Grünen, Maria Klein-Schmeink. Auch für die KBV greift der Gesetzentwurf zu kurz. Ärzte würden nicht ausreichend gestärkt, außerdem sei die Gefahr nicht gebannt, dass Kassen die Prävention weiterhin als Marketinginstrument nutzen, hieß es aus den Reihen der KBV. ([Der Tagesspiegel, 18. März](#); [Ärzte Zeitung online, 19. März](#); Agenturmeldung, 20. März)

Regierung fordert sinkenden Krankenkassenbeitrag

Angesichts der Milliardenrücklagen der gesetzlichen Krankenversicherung haben sich Politiker der Union und FDP für einen niedrigeren Krankenkassenbeitrag ausgesprochen. Bereits ab 1. Juli solle der Beitrag von 15,5 auf 15,2 Prozent sinken, wenn es nach Michael Fuchs geht, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Es ist besser, wenn die Beitragszahler selbst über das Geld verfügen – und nicht die Kassenchefs“, sagte er. ([Deutsches Ärzteblatt online, 18. März](#))

Grüne wollen Transparenz bei Zuwendungen für Ärzte

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat neben einer gesetzlichen Regelung bei Korruption im Gesundheitswesen gefordert, dass Leistungserbringer Zuwendungen aller Art veröffentlichen müssen. Korruption schädige nachhaltig die besondere Schutzwürdigkeit von Kranken, hieß es aus der Fraktion. Die Bundesregierung prüft derzeit die Möglichkeit einer strafrechtlichen Sanktionierung. Sie machte aber deutlich, dass die Vorteilsannahme von Vertragsärzten als Gegenleistung für die Verordnung von Arzneimitteln bereits nach den geltenden berufs- und sozialrechtlichen Vorschriften verboten sei. ([Heute im Bundestag, 14. März](#) und [19. März](#))

Aus KBV und KVen

Einigung bei Sachkostenpauschalen für Dialyse

Im Bewertungsausschuss haben sich die KBV und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beim Thema Dialyse geeinigt. „Der gemeinsam mit den

Krankenkassen gefällte Beschluss ist ein verantwortungsbewusster Kompromiss“, erklärte KBV-Chef Dr. Andreas Köhler. Dem Beschluss zufolge sollen die Dialysesachkostenpauschalen in einem ersten Schritt zum 1. Juli 2013 sinken. Eine zweite Abstufung zum 1. Januar 2015 folgt ausschließlich dann, wenn KBV und GKV-Spitzenverband gemeinsam feststellen, dass die Kosten für eine Dialysebehandlung auch weiterhin gedeckt sind. Im Gegenzug werden die ärztlichen Betreuungsleistungen ab dem 1. Juli 2013 höher vergütet und ärztliche Präventivmaßnahmen für noch nicht dialysepflichtige Patienten ausgebaut. ([Gemeinsame Pressemitteilung von GKV-Spitzenverband und KBV, 18. März](#))

KBV veröffentlicht Freitextantworten aus Ärztebefragung

Rund 20.000 Ärzte und Psychotherapeuten haben in der bundesweiten Befragung zum Sicherstellungsauftrag das Feld „weitere Anmerkungen“ auf dem Fragebogen ausgefüllt. Zu ihren Forderungen gehören vor allem feste, kostendeckende Preise für alle Leistungen, der Wegfall der leistungsfeindlichen Mengensteuerung, keine Einmischung der Krankenkassen mehr in die Therapiefreiheit und die Abschaffung der Regresse für Arznei- und Heilmittel. Das ergab die Auswertung der Freitextfelder des von der KBV beauftragten Meinungs- und Sozialforschungsinstituts infas. „Viele Kollegen, das zeigen die Wortmeldungen, sind in Sorge, dass ihre ärztliche Arbeit unter den schlechten Rahmenbedingungen leidet. Sie klagen über unsinnige Vorschriften und, dass sie zu wenig Zeit für ihre Patienten haben. Sie fühlen sich von den Krankenkassen drangsaliert und ihre Arbeit nicht wertgeschätzt“, betonte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. ([Pressemitteilung der KBV, 18. März](#))

KV-on besucht Dialysepraxis in Westerland

Das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), KV-on, hat einem Nephrologen in seiner Praxis hinsichtlich Qualitätssicherung über die Schulter geschaut. Der Arzt aus Westerland macht deutlich, dass Qualitätssicherung zwar mehr Aufwand bedeute, sich dieser aber lohne. Nicht nur die KBV habe etwas von der Datenerhebung, sondern auch er selbst und seine Patienten. ([Video auf KV-on, 18. März](#))

KV Bayerns will Allgemeinmedizin im Studium stärken

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns hat die medizinischen Fakultäten aufgefordert, mehr Gewicht auf die Allgemeinmedizin zu legen. Die universitäre Ausbildung der Mediziner müsse künftig stärker auf eine ärztliche Tätigkeit in der ambulanten Versorgung ausgerichtet werden, sagte der KV-Vorstandsvorsitzende, Wolfgang Krombholz. Er verwies darauf, dass es derzeit in Bayern nur zwei Lehrstühle für Allgemeinmedizin sowie 150 freie Hausarztsitze gibt. ([Deutsches Ärzteblatt online, 14. März](#))

KV Niedersachsen kritisiert Arbeitsbedingungen der Vertragsärzte

Anlässlich einer Umfrage des Marburger Bundes zu den Arbeitsbedingungen der Klinikärzte hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Niedersachsen die steigende Arbeitsbelastung der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten beklagt. Die Wochenarbeitszeit liegt bei durchschnittlich 55 Stunden, wie der [Ärztemonitor 2012](#) der KBV belegt. Den Angaben der KV zufolge erhält ein Viertel der Ärzte für ihre Arbeit kein Honorar. Diese Mehrarbeit könne auf Dauer nicht unbezahlt bleiben, kritisierte KV-Vorstandsvorsitzender Mark Barjenbruch. Es sei an der Zeit, unbegrenzte Leistungsversprechen der Politik bei begrenzten finanziellen Mitteln infrage zu stellen. ([Pressemitteilung der KV Niedersachsen, 14. März](#))

Aus den Verbänden

Montgomery macht auf richtigen Umgang mit IGeL aufmerksam

Der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Frank-Ulrich Montgomery, hat anlässlich des einjährigen Bestehens des IGeL-Monitors der Krankenkassen auf den richtigen Umgang mit

Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) verwiesen. BÄK und KBV informieren darüber im [IGeL-Ratgeber „Selbst zahlen?“](#). „Wichtig ist, dass Ärzten und Patienten seriöse Informationen zum Thema Individuelle Gesundheitsleistungen an die Hand gegeben werden. Und wichtig ist auch, dass Ärzte verantwortungsvoll mit diesen Selbstzahlerleistungen umgehen“, betonte er. Von den Krankenkassen wünschte sich Montgomery, dass sie bei der Bewertung von Nutzen und Risiken von IGeL mehr Transparenz in Bezug auf die eigentliche Bewertung und das Team zeigten. ([Pressemitteilung der BÄK, 20. März](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 52,54

Durchschnittlich 52,54 Jahre alt waren Vertragsärzte 2011. Somit ist das Durchschnittsalter im Vergleich zu 1993 um fast sechs Jahre gestiegen, berichtet die Zeitung [Die Welt](#).

Aus der Presse

KBV warnt vor Zusammenbruch der Grundversorgung

„Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir in zehn Jahren vor einem Desaster stehen“, ermahnte Dipl.-Med. Regina Feldmann, Vorstand der KBV, die Kultusminister der Länder. Immer weniger Jungmediziner wollen Hausarzt werden. Im Jahr 2012 schlugen von 10.127 Ärzten mit abgeschlossener Weiterbildung, laut KBV, nur 949 eine Laufbahn als Hausarzt ein, wie die Zeitung Die Welt berichtet. Dazu kommt, dass bis 2020 48.000 niedergelassene Ärzte altersbedingt ausscheiden. Deshalb müsse, so Feldmann, vor allem die universitäre Aus- und Weiterbildung stärker am Versorgungsbedarf orientiert, und der ambulante Bereich stärker mit einbezogen werden. Wenn wir ein Zusammenbrechen der Grundversorgung verhindern wollen, müssen wir die berufliche Umgebung von Hausärzten auf dem Land attraktiver gestalten, betonte Feldmann. In einer aktuellen Umfrage der KBV unter 150.000 Vertragsärzten zu ihren Arbeitsbedingungen klagte ein Drittel der Hausärzte über eine zu hohe Arbeitsbelastung, und bei der Vergütung fühlen sich sogar 75 Prozent nicht ausreichend bezahlt. ([Die Welt, 19. März](#))

Aus dem Terminkalender

- | | |
|----------------------------|---|
| 21.03.2013 | Vertreterversammlung der KV Berlin Berlin, 20 Uhr |
| 22.03.2013 | Vertreterversammlung der KV Brandenburg Potsdam, 15 Uhr |
| 16.04.2013 - 17.04.2013 | KBV Messe Versorgungsinnovation 2013 Berlin |
| 20.04.2013 | Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe Dortmund, 10 Uhr |
| 24.04.2013 | Vertreterversammlung Stuttgart, 14 Uhr |
| 05.06.2013 | Tag der Niedergelassenen 2013 Berlin |

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 4005-2202

Fax: 030 4005-2290

E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>